



> Die Demonstrationen anlässlich des westdeutschen Pflegenotstandes 1989  
**„Florence ist tot, Agnes ist tot,  
 und wir machen uns auch kaputt!“**

MATHILDE HACKMANN

**Können Sie sich vorstellen, dass 20.000 deutsche Pflegekräfte in der Westfalenhalle Dortmund zusammenkommen, um über unhaltbare Zustände in deutschen Einrichtungen des Gesundheitswesens zu debattieren? Vor gut zwei Jahrzehnten hat es diese Situation tatsächlich gegeben. Im Rahmen des sogenannten „Pflegenotstandes“ kam es Ende der 1980er-Jahre an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik zu Protesten des Pflegepersonals.**

Die Aktionen im Rahmen der Diskussion zum „Pflegenotstand“ Ende der 1980er-Jahre sind bisher noch nicht systematisch erforscht. Jedoch kann auch ein grober Überblick schon Erkenntnisse zutage fördern, die heute, in einer Zeit des sich verstärkenden Fachpersonalmangels in der Pflege, eventuell genutzt werden können, um die Situation zu verbessern.

**Die 1980er-Jahre**

Mit Verabschiedung des Krankenpflegegesetzes von 1985 wurde die „umfas-

sende“ Pflege (§ 4 Krankenpflegegesetz) Inhalt der Ausbildung. Diesem Prozess vorangegangen waren jahrzehntelange Debatten darüber, wie die Vorgaben der EG (Europäische Gemeinschaft, heute EU) zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsabschlüsse in der Krankenpflege umgesetzt werden können. Die in den 1970er-Jahren einsetzende gesellschaftliche Diskussion zur „Humanität im Krankenhaus“ (Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1980) war vermutlich eine der Ursachen für eine verstärkte innerberufliche Diskussion

um die „ganzheitliche Pflege“ (zum Beispiel Abermeth 1977) und das in den Folgejahren einsetzende verstärkte Selbstbewusstsein der Pflegenden. So lässt sich erklären, dass diese ab Mitte der 1980er-Jahre zunehmend ihren Unmut auch öffentlich äußerten. Anscheinend waren es Münchner Pflegekräfte, die bereits 1987 eine Aktionsgruppe gründeten (Arbeitsgruppe Münchner Pflegekräfte).

**Herbst 1988 – erste öffentliche Aktionen**

Ende des Jahres 1988 wurde dann auch in anderen Städten öffentlich gegen die Zustände in der Krankenpflege demonstriert. Die mangelnde Personalbesetzung, eine nicht leistungsgerechte Vergütung, die inhumane Arbeitsorganisation sowie fehlende Fort- und Weiterbildung standen im Zentrum der Kritik (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorgani-

sationen (ADS) & Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) 1989). Ein Demonstrant in den Westfalenhallen brachte die Problematik 1989 in Anlehnung an die Pflege-Pionierinnen Florence Nightingale und Agnes Karll auf seinem Banner auf den Punkt: „Florence ist tot, Agnes ist tot, und wir machen uns auch kaputt!“

Die öffentlichen Medien griffen das Thema auf und brachten Reportagen zur Situation der Pflege in westdeutschen Krankenhäusern. Dem Stern war der „Pflege-Notstand“ am 1. September 1988 eine Titelgeschichte wert (Zander 1988), kurze Zeit später fand sich die Thematik auch im SPIEGEL („Im Krankenhaus droht Lebensgefahr“ 1988) und in der ZEIT („Fließbandpflege“, Greife & Hartmann 1988). Die Diskussion beschränkte sich nicht auf den Mangel an Pflegekräften, sondern griff darüber hinaus die Arbeitsbedingungen auf; die Krankenhäuser als Arbeitgeber wurden kritisiert, aber auch die Gefahren für Patienten herausgestellt. Die AOK als große Krankenkasse nahm relativ schnell öffentlich Stellung, leugnete den „Notstand“ und warf lediglich den Krankenhäusern vor, die Versichertengelder falsch zu verteilen (AOK-Report 1988). Das Fernsehen (ARD und ZDF) begann im November 1988 zur besten Sendezeit über die Situation der Pflegenden zu berichten.

Nicht zu unterschätzen ist, dass zu diesem Zeitpunkt der Zivildienst verkürzt wurde, eine Tatsache, die auch in späteren Jahren immer für eine öffentliche Diskussion sorgte. In diesem Zusammenhang wurde auch wieder das „Pflichtjahr“ für Frauen diskutiert, eine scheinbare Lösung, die in der Geschichte der Bundesrepublik nicht das erste Mal bei einem Personalmangel in der Pflege aus der Mottenkiste geholt wurde. Die Grünen in Hessen reagierten im Dezember 1988 sehr früh mit einer öffentlichen Anhörung im Landtag zur Situation der Pflege in den hessischen Krankenhäusern (Die Grünen im Landtag (Hrsg.) 1988).

Ende 1988 und Anfang 1989 organisierten dann die Pflegenden (häufig unter Federführung des DBfK) Protestaktionen in verschiedenen Städten. Die Aktionen konzentrierten sich hauptsächlich auf den Arbeitsplatz Krankenhaus. Auch die Berufsverbände beschränkten sich in ihren Forderungen auf dieses Arbeitsfeld.

### Zusammenfassung

Ende der 1980er-Jahre protestierten Pflegenden in Westdeutschland öffentlich aufgrund eines erheblichen Personalmangels und schlechter Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. Der Beitrag gibt einen Überblick über den Verlauf, die Ziele und die Erfolge des Protests. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob solche Demonstrationen heute möglich und sinnvoll wären.

**Schlüsselwörter:** *Pflegenotstand, Protest, Demonstration*

### Was die Pflegenden fordern

Die zwei damals wichtigsten Berufsverbände ADS und DBfK veröffentlichten im Dezember 1988 eine gemeinsame Stellungnahme zur Situation der Pflege (ADS & DBfK 1989). Sie forderten:

- Leistungsbezogene Personalbesetzung (analytisches Verfahren zur Personalbedarfsermittlung im Krankenhaus, Anteil von examinierten Pflegekräften 80 Prozent, Wegfall der Schüleranrechnung).
- Leistungsgerechte Löhne (Höhergruppierung innerhalb des BAT, Bewährungsaufstiege, bessere Zulagen für ungünstige Schichten, Anpassung des Tarifgefüges).
- Pflegebezogene Arbeitsorganisation (neue Betriebs- und Arbeitsorganisation, Entlastung von berufsfremden Tätigkeiten).
- Qualifizierende Fort- und Weiterbildung (Finanzierung von Maßnahmen, Ausbau der Pflegeforschung).

Als ungeeignete Maßnahmen wurden kritisiert: Die Anwerbung ausländischer Mitarbeiter und das soziale Pflichtjahr für Mädchen.

### Februar 1989 – Höhepunkt der Proteste

Als 1989 Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst anstanden, engagierte sich auch die ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – heute Verdi) (DBfK 1989). Im Februar fanden Proteste an vielen Orten statt (siehe Tabelle 1 auf unserer Homepage [www.pflegezeitschrift.de](http://www.pflegezeitschrift.de)). Die eingangs erwähnte Veranstaltung in den Dortmunder Westfalenhallen am 28. Februar 1989 wurde gemeinsam von DBfK und der ÖTV veranstaltet. Der DBfK-Landesverband NRW äußerte sich im Nachhinein zum Erfolg dieser Aktion: „Die Medien greifen endlich das Thema auf und tragen dazu bei, dass

in der Öffentlichkeit die Frage des Notstandes der Pflege Beachtung findet.“ (DBfK Landesverband NRW 1996). Politisch waren die Forderungen der Pflegenden nicht mehr zu ignorieren und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen lud im November 1989 zur Landespflegekonferenz ein. Bis Mai 1989 gab es dann noch weitere vereinzelte Aktionen (Daniels 1989), die aber aufhörten, als die Tarifverhandlungen beendet und Fortschritte für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern erreicht wurden.

### Folgen der Proteste

Kurzfristig hatten die Pflegenden mit ihrem Protest Erfolg. Die geforderten Verbesserungen wurden tatsächlich erreicht, waren teilweise jedoch nicht von Dauer:

- Ein analytisches Verfahren zur Personalberechnung wurde mit der Pflegepersonalregelung (PPR) Anfang der 1990er-Jahre in den Krankenhäusern eingeführt.
- Eine Höhergruppierung innerhalb der Tarifgefüge erfolgte schnell, ungünstige Schichten wurden besser bezahlt. Teilweise warben die Krankenhäuser mit großzügigen Zulagen: So versprach eine Stellenanzeige 1991 monatliche Aufschläge von 650,- DM für den Spätdienst und 1200,- DM für den Nachtdienst.
- Die Arbeitsorganisation wurde in vielen Krankenhäusern verbessert.
- Im Rahmen der PPR wurden in den Krankenhäusern auch Stellen für die innerbetriebliche Fortbildung eingerichtet.

Zusätzlich konnten die Berufsverbände in den nächsten Jahren steigende Mitgliederzahlen verzeichnen (DBfK Landesverband NRW 1996), die Gewerkschaft Pflege wurde gegründet. Damit verstärkte sich auch die politische Einflussnahme.

Die erreichten Erfolge der Pflegenden im Krankenhaus wirkten leider nicht lange. Die PPR wurde 1996 ausgesetzt, von 1995 bis 2008 wurden 50.000 Vollzeitstellen der Pflege in den Krankenhäusern Deutschlands gestrichen (Isfort et al. 2010). Grund dafür ist neben dem Bettenabbau auch, dass die Krankenhausfinanzierung umgestellt wurde, was die Berufsgruppe der Pflegenden besonders hart traf. Die traditionellen Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes und der Kirchen wurden nach und nach von vielen Arbeitgebern häufig durch Haustarife mit schlechteren Vergütungen ersetzt; verschärft wurde diese Tendenz durch die verstärkte Privatisierung von Krankenhäusern. Dass ab Mitte der 1990er-Jahre die Arbeitslosigkeit insgesamt zunahm und Pflegenden um ihren Arbeitsplatz bangen mussten, war wohl der Grund dafür, dass es nur wenig Widerstand gab.

Eine patientenorientierte Arbeitsorganisation ließ sich bei kürzerer Verweildauer der Patienten und mit zunehmend schlechterer Besetzung der Stationen von den Pflegekräften nicht mehr aufrechterhalten. Die Stellen der innerbetrieblichen Fortbildung wurden nach und nach entweder gestrichen oder in Stellen für das Qualitätsmanagement umgewandelt.

Kurzfristig wirkten sich die Protestaktionen auf die Bewerbersituation in den Krankenpflegeschulen aus: Durch die negativen Schlagzeilen ging die Anzahl der Bewerbungen zum Teil drastisch zurück, sodass die Deutsche Krankenhausgesellschaft als Träger der Krankenhäuser und damit der Krankenpflegeschulen Anfang der 1990er-Jahre unter der Überschrift „Berufe fürs Leben“ eine große Imagekampagne für die Pflege startete.

### Und heute?

Wäre es möglich, heute auch wieder so viele Pflegenden zu mobilisieren? Immerhin konnte die DBfK-Aktion „Gelbe Karte an die Bundeskanzlerin“ Anfang Dezember 2010 mit einer Kundgebung und der Übergabe von mehr als 40.000 E-Cards und zehntausenden gelben Postkarten vor dem Kanzleramt beendet werden (DBfK 2010). Allein auf die Ankündigung der Aktion erfolgte schon eine Reaktion des Bundesgesundheitsministers. In Bezug auf die Altenpflege werden zunehmend Angehörige aktiv (Care konkret 2011).



Großdemonstration in der Westfalenhalle Dortmund 1989.

Foto: Mathilde Hackmann

Erfolgreich war auch ein einwöchiger Streik der Pflegenden in der Charité Universitätsklinik Berlin Anfang Mai 2011, die für eine Angleichung ihrer Löhne an andere Berliner Krankenhäuser den Arbeitskampf aufnahmen (Ärzte Zeitung 2011, siehe auch das Foto auf S. 500). Nicht zu unterschätzen sind die Möglichkeiten, die sich durch die neuen Medien ergeben. So machen einige Interessengruppen heute mit Flashmobs auf sich aufmerksam.

Ebenfalls lassen sich heute, im Gegensatz zu Ende der 1980er-Jahre, genügend Studien finden, die den Zusammenhang von schlechten Arbeitsbedingungen und Patientenoutcomes nachweisen. Die Pflegewissenschaft hat sich mittlerweile auch in Deutschland so weit entwickelt, dass Forderungen der Pflegenden heute besser kommuniziert und Missstände mit entsprechenden Daten aus der Forschung belegt werden können. So liegen erste Ergebnisse der RN4Cast-Studie ([www.rn4cast.eu](http://www.rn4cast.eu)) vor, die im Krankenhaus tätige Pflegenden in zwölf europäischen Ländern befragte. Anhand von Vergleichsdaten konnte für Deutschland festgestellt werden, dass sich im Jahr 2006 verglichen mit 1999 die Zahl der unzufriedenen Pflegekräfte verdoppelt hatte (von 17 Prozent auf 37 Prozent), Hinweise auf Burnout finden sich bei 30 Prozent der Pflegenden (1999 bei 15 Prozent), und der Wunsch, den Arbeitsplatz zu kündigen, hat sich

ebenfalls verdoppelt (von 17 Prozent im Jahr 1999 auf 36 Prozent) (Aiken 2011).

Diese Zahlen sind äußerst bedenklich, auch wenn sie nur die Situation im Krankenhaus beleuchten. Es ist aber davon auszugehen, dass sich im Altenheim und in der ambulanten Pflege ähnliche Ergebnisse finden lassen.

Dies sollte auch Politiker nachdenklich stimmen. Abzuwarten, bis der Druck für die Pflegenden so groß wird, dass diese sich nicht auf einzelne Protestaktionen beschränken, sondern bundesweit protestieren, gefährdet nicht nur die Patienten, sondern könnte auch dazu beitragen, dass sich immer weniger Menschen für eine pflegerische Ausbildung interessieren. Durch Imagekampagnen allein ist dieser Verlust vermutlich nicht auszugleichen. <<

#### Zusatzinformationen:

Eine Tabelle mit Demonstrationsterminen des Jahres 1989 sowie das Literaturverzeichnis finden Interessierte unter der Rubrik „Aktuelles Heft“ auf unserer Homepage [www.pflegezeitschrift.de](http://www.pflegezeitschrift.de).

#### Autorenkontakt:

**Mathilde Hackmann**, Diplom-Pflegepädagogin (FH), MSc (Nursing and Education), wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hamburger Fern-Hochschule.  
**Kontakt:** [math.hackmann@t-online.de](mailto:math.hackmann@t-online.de)